

Die vorliegende Arbeit untersucht die Stellung von Konsumenten im Recht der Schiedsgerichtsbarkeit.

Im Gegensatz zum staatlichen Gerichtsverfahren ist der Schiedsprozess vom Grundsatz der Parteiautonomie geprägt. Die daraus resultierende Flexibilität steht im Widerspruch zum Schutzbedürfnis von Konsumenten und anderen schwächeren Vertragsparteien.

Vor diesem Hintergrund werden diejenigen Rechtsfragen beleuchtet, die in den verschiedenen Stadien eines Schiedsverfahrens aufgrund der Beteiligung von Konsumenten eine gesonderte Abklärung erfordern. Untersucht werden unter anderem die grundsätzliche Schiedsfähigkeit von Konsumentenstreitigkeiten, die Rolle von staatlichem Gerichtsstandsrecht, der Abschluss von Schiedsabreden durch Verweisung, der Einbezug von Konsumentenrecht beim Schiedsentscheid sowie dessen Kontrolle im Hinblick auf den *Ordre public*.